

Freiparlamentarische Allianz (FPA)
Vom Zeitgeist zum Wandel
Sämtliche Verbandsebenen

www.freiparlamentarischeallianz.eu
deinestimme@freiparlamentarischeallianz.eu



Die Zukunft als Chance begreifen

Das Manifest der Freiparlamentarischen Allianz (FPA)

beschlossen auf der 5. Vorstandssitzung vom 26.07.2018

Die Gesellschaft selbst ist ein freies, man kann auch sagen loses, Parlament. Daher kommt auch unser Name: Freiparlamentarische Allianz. Schließlich geht die Politik weit über das Parlament hinaus, genauso entscheidend ist nämlich der permanente Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Kernaufgabe des Staates ist es, einen Rechtsrahmen für ein gesittetes Miteinander zu schaffen. Oberste Maximen dabei sind die Gerechtigkeit, die Würde sowie die Rede- und Meinungsfreiheit. Zum Schutz dieser drei Säulen unserer Demokratie gehört eine ständige Kritik und Reflexion des staatspolitischen wie gesellschaftlichen Handelns.

Dieses Selbstverständnis löst sich gerade im gesellschaftlichen Dialog und auf der institutionellen Ebene in Deutschland und Europa auf. Dem gegenüber zieht ein Sturm des Populismus auf, gekennzeichnet mit seiner Gier nach inhaltlicher Verzerrung und politischer Willkür.

Gegenwärtig sind bei der Demokratie viele Brandherde festzustellen. Der zentrale Fehler aber liegt im System und den Strukturen, daher ist eine Bekämpfung der Ursachen und nicht bloß der Symptome notwendig. Eine Politikerin oder ein Politiker soll nicht aus Machthunger, sondern wegen seines ausgeprägten Sinnes für das Gemeinwohl in die Regierungsverantwortung gelangen. Genauso soll die politische Lösungsfindung der drängenden Probleme nicht durch Hetze und Machtgefälligkeiten, sondern durch Vernunft und Nachhaltigkeit motiviert werden.

Die Qualität einer Staatsform ist daran zu messen, wie viele Privilegien in einer Gesellschaft existieren und wie viele davon zu rechtfertigen sind. Resümiert man die jüngere Vergangenheit, analysiert man die dekadische Gegenwart und wagt einen Blick in die Zukunft, ist kein Privilegienkompass zu entdecken. Stattdessen sind schwerwiegende Engpässe in der Kommunikation, gesellschaftlicher Einbeziehung und Entscheidungsfindung zu beobachten.

Die Politik muss wieder der Gipfel der Argumente werden und nicht bloß von Stimmungen abhängig sein, die meist in gegenseitigen Anfeindungen enden. Zeitgleich aber dürfen die Politikerinnen und Politiker aber auch nicht die enge Bindung an die Bevölkerung verlieren. Aufgrund der immer komplexer werdenden Themen ist die Gefahr groß, dass isolierte Experten Entscheidungen treffen, die in Kombination mit ausbleibender Kommunikation, die Gesellschaft einfach nur entsetzen.

Eine engere Bindung zwischen Politik und Volk entsteht nur durch kommunikativen Austausch. Gerade weil politische Prozesse immer dynamischer und komplexer werden, ist eine schnelle Ausrichtung der eigenen politischen Ansichten umso wichtiger. Als optimaler Anstoß für die engere Einbindung der Bevölkerung in die Politik sind Volksabstimmungen und Bürgerversammlungen zukunftsweisend.

Nur eine aktive Gesellschaft, die ein hohes Maß an politischer Mitbestimmung erfährt, ist auch in der Lage, die richtigen Politikerinnen und Politiker zu wählen. Nur über den gegenseitigen Austausch und die Unterordnung der eigenen Interessen wird ein Gemeinwesen gefördert, mit dem die Gefahren für die Demokratie abgewehrt werden können.

Die Herrschaft der Vernunft muss zu jeder Zeit gewährleistet sein, gleichgültig, welche Staatsform herrscht. Einzig auf diesem Wege kann politische Teilhabe und individuelle Freiheit, wirtschaftliche Chancengleichheit und Frieden, soziale Gerechtigkeit und ein gesamtgesellschaftlicher Konsens garantiert werden.

Die Vergangenheit wird häufig nur als Ort der Nostalgie und Verherrlichung interpretiert, in Wahrheit aber ist eine gigantische Bibliothek voller Lehren. Wie viele Kriege, Hungersnöte und Epidemien gab es schon auf diesem Planeten und auf diesem Kontinent? Und wie oft schworen die Menschen danach, alles daran zu setzen, die Wiederholung des grausamen Geschehens mit allen Mitteln zu verhindern?

Im 18. Jahrhundert, dem Zeitalter der Aufklärung, forderte die Mehrheit der Philosophen eine Republik, aber keine Demokratie, da sie dem Volk nicht zu schnell zu viel Verantwortung zukommen lassen wollten. Heute leben wir in einer liberalen Demokratie und das Volk wählt seine Vorgesetzten selbst.

Doch wie gehen wir mit dieser über Jahrtausende der Geschichte undenkbarer Situation um? Die insgesamt wohlhabenden Gesellschaften wählen immer häufiger Personen, die genau diesen Zustand aktiv bekämpfen, indem sie die Demokratie als handlungsunfähig, ideologisch aufgeladen und meinungshemmend darstellen.

Die Demokratie ist zu einem Kampf der Meinungen in polemischer Hinsicht geworden. Als fehlend erweist sich hingegen die auf Lösungen ausgerichtete Debatte, die den respektvollen Umgang miteinander toleriert und alle mit einbezieht. Stattdessen sind die Grabenkämpfe ein Automatismus der Politik des 21. Jahrhunderts.

Die drei großen Ideale der Französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - hatten mehrere Bedeutungen. Freiheit meinte auch die wirtschaftliche Freiheit, nämlich eine tonangebende Stellung des Bürgertums in der Volkswirtschaft. Gleichheit implizierte auch die inhaltliche Wirkungsgleichheit bei der Beteiligung am politischen Diskurs.

Heute jedoch ist das klassische Bürgertum zerspalten und unterrepräsentiert, die Beteiligung am politischen Diskurs hängt häufig vom finanziellen Repertoire ab, nicht aber vom rhetorischen oder inhaltlichen.

Ein halbes Jahrhundert später, im Jahr 1848, fegten mehrere Revolutionen über Europa hinweg. Die meisten davon aber scheiterten, weil das Bürgertum neben den wirtschaftlichen nun auch immer mehr politische Mitbestimmungsrechte einforderte. Damit wurden Kräfte geweckt, die bis zur heutigen Zeit anhalten.

Im 19. Jahrhundert etablierten sich dann die organisierenden Kräfte als Zentrum für Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Es entstanden Vereine, Gewerkschaften und Parteien.

Im 21. Jahrhundert geraten genau diese Triebkräfte des Wandels in eine Sinnkrise. Besonders die Parteilandschaft in Deutschland steht vor radikalen Änderungen. Es sind moderne, aufgeschlossene und bürgernahe Parteien als neue Initiatoren des Fortschritts notwendig. Überflüssig sind dafür die selbstzerfleischenden und abgehobenen etablierten Parteien, die sich auf der Basis ihrer Macht ausruhen und den Zeitgeist nicht mehr erfassen.

Die linke Strategie hat sich über die Jahrhunderte verbraucht, das rechte Konzept bringt nichts als Terror und Abscheulichkeit hervor. Es wird deutlich, dass beide Politikansätze nicht ausgereift und nicht umsetzbar sind. Benötigt wird ein ganz neuer Akzent, der nicht immer wieder dieselben Muster aufgreift und sie als neu verkauft.

Unsere Partei, die Freiparlamentarische Allianz (FPA), will eine echte Alternative bilden, die nicht schabloniert werden kann und sich nicht mit einfachen Dogmen zufriedengibt. Das Manifest bildet den Anfang unserer inhaltlichen Ausrichtung, in der nächsten Stufe wird ein ausführliches Grundsatzprogramm folgen. Das Ziel der FPA ist es, von einer kleinen Gruppe zu einer innovativen und mitgliederstarken Partei zu werden.

Wir wollen Politik ohne ideologischen Ballast gestalten. Dafür muss man bereit sein, neue Wege zu gehen. Es ist ein anderer Politikstil in Deutschland notwendig, wir starten einen Versuch. Dabei soll der Erhalt von Macht bei uns nicht den Verlust der Moral bedeuten.

In der Bundesrepublik sind 17,2% der Bevölkerung zwischen 18 und 29 Jahre alt. Diese große Gesellschaftsgruppe wird von allen anderen Parteien nahezu ignoriert. Dabei entstehen in der jungen Generation Wesensmerkmale, die die ganze Gesellschaft prägen. Mit der jungen Generation verändert sich die Weltsicht eines ganzen Zeitalters.

Die junge Generation muss mehr am politischen Prozess beteiligt werden, ihre Ideen und Ansichten finden allzu häufig kein Gehör. Lieber beschäftigen sich Politikerinnen und Politiker mit Geschenken in der Rentenpolitik, weil diese Altersgruppe eine größere Wählerschicht bildet. Über den teils prekären Zustand des Bildungssystems wird dafür geschwiegen.

In den letzten Jahren wurden wichtige soziale und wirtschaftliche Reformen verschlafen. Die Bundeskanzlerin kann sich nur noch mit argen Machtkämpfen und horrenden Versprechungen an ihre politischen Gegner im Amt halten. Dabei ist nicht die Umsetzung des Zeitgeistes das wichtigste Kriterium, sondern der Erhalt der eigenen Macht. Gegen den Zeitgeist aber kann man sich nicht wehren, er ist das Bollwerk des Fortschritts.

Die größte Aufgabe des 21. Jahrhunderts wird es sein, den Humanismus im Einklang mit dem Kapitalismus zu bringen. Beide Systeme bekämpfen sich bereits in ihren Grundlagen. Wir brauchen ein neues Wirtschaftsmodell, das den schmalen Grat zwischen Freiheit und Sicherheit findet und darauf aufbauend einen gerechten Handel ermöglicht.

Hinter diesem Konflikt sticht ein Grundproblem hervor, nämlich dass in einer Demokratie alle Menschen als gleich betrachtet werden, nicht aber im Kapitalismus. Diese Unvereinbarkeit des politischen und wirtschaftlichen Systems führt zu einer Bestandsprobe beider Modelle.

Nur eine richtige Justierung dieses Grundproblems kann den Weg für eine bessere Demokratie ebnen. Die Demokratie darf nicht wie bisher auch zur Trägheit führen, da sich viele Menschen auf den bisherigen Standards ausruhen und sie als selbstverständlich hinnehmen. Dem entgegen werden aktive und kreative Menschen gebraucht, die die Zukunft mit Leben und Ideen füllen wollen.

Durch die europäische Aufklärung im 18. Jahrhundert entstand eine ideelle Orientierungslosigkeit. Zwischenzeitlich versuchten die Ideologien des 20. Jahrhunderts, wie etwa der Kommunismus und der Nationalismus, diese Orientierungslosigkeit aufzufangen, allerdings ohne Erfolg. Die Demokratie macht es durch die atemberaubende Vielfalt an Möglichkeiten auch immer schwerer, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu trennen. Diese Entwicklung trägt mit zur Orientierungslosigkeit dieses Zeitalters bei.

Heute zieht die Suche nach politischer Weitsicht wieder klare Spuren in großen Teilen der Gesellschaft. Die Staaten des 21. Jahrhunderts stehen vor Herausforderungen, denen sie nicht einmal im Grundsatz gewachsen sind.

Schließlich wird vorwiegend mit den Methoden des 20. Jahrhunderts agiert. Man denke nur an die Migrationskrise oder die Besteuerung global agierender Unternehmen. Immer wieder die gleichen Mittel anzuwenden, aber eine Veränderung und Verbesserung der Situation zu erwarten, widerspricht jeder Logik.

In den letzten Jahren hat sich der gesellschaftliche Diskurs dermaßen auf das Thema Migration zugespitzt, sodass zwei verheerende Konsequenzen abzeichnen: Einerseits brauchen die Populisten dieses Kontinents genau dies, um weiterhin führend in der Diskussion zu bleiben. Andererseits geraten drängende Themen wie der soziale Wohnungsbau, der Pflegenotstand, die Zukunft der Rente oder die Digitalisierung in den Hintergrund.

Die Geschichte der Menschheit lässt sich nicht berechnen, so wie es etwa Platon, Hegel oder Marx versucht haben. Jedoch lassen sich immer wieder Grundtendenzen feststellen, die als Stimmungsthermometer in Politik und Wirtschaft die Richtung eines Landes ansatzweise skizzieren.

In Bezug auf wohlhabende Nationen zeichnet sich der Trend ab, dass die 2020er Jahre denen der 1920er gleichen. Erinnerung man sich zurück, gab es im Jahr 1923 eine Inflation und einen Bürgerkrieg, 1929 brach dann die Weltwirtschaftskrise aus. Schleichend ergänzte die drastisch ansteigende Ungleichheit bei den Einkommen der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten die katastrophale Politikausrichtung dieses Jahrzehnts.

Für die gegenwärtige Dekade sind ähnliche Indikatoren zu beobachten. Beispielsweise nimmt die soziale Ungerechtigkeit hinsichtlich der Einkommensverteilung stark zu. Vor allem aber ist die Auflösung der Mittelschicht die zentrale Folge des Wandels. Damit wankt die Stabilität der Gesellschaft, mit deren Fortschreiten würde das Rückgrat der Zukunftsgestaltung in der Bevölkerung wegbrechen.

Erste Vorzeichen des Verschwindens der Mittelschicht werden schon heute sichtbar. Bei den letzten Landtagswahlen in Ostdeutschland 2017 haben ein Drittel der Arbeiterinnen und Arbeiter für eine rechtspopulistische Partei gestimmt. Diese zentral-bürgerliche Gruppe als stabiler Garant der demokratischen Mitte wurde über Jahrzehnte verleugnet und kriegt nun zumeist die negativen Seiten der Globalisierung zu spüren. Dementsprechend blieb dieser Umstand bei deren politischer Orientierung auch nicht folgenlos.

Daraus resultierend wird die Politik immer mehr zum Chaos. Erst in Großbritannien mit dem bevorstehenden Austritt aus der Europäischen Union, dann in den USA mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten, und nun auch in Deutschland mit einer ständigen Regierungskrise zwischen Personen und Parteien.

Die über Jahrzehnte errichteten politischen Brücken werden damit ignorierend zum Einsturz gebracht. Neben der anhaltenden Beliebtheit des Populismus und der Krise des Parteiensystems wird aber von den führenden Politikerinnen und Politikern dieses Landes aber immer noch nicht die Schlussfolgerung gezogen, dass etwas Grundlegendes geschehen muss.

Jede einzelne Krise, sei es bei der Pflegepolitik, der Migration oder der Steuerpolitik, führt zu einer gesamten Systemkrise der Demokratie. Das Beängstigende daran ist, dass Keiner eine funktionierende Lösung in diesen Sachgebieten präsentieren kann.

Die internationale Politik dient hierfür als optimales Beispiel. Die europäischen Staaten plündern und versorgen den Rest der Welt zugleich. Zum einen werden zahlreiche Staaten auf dem gesamten Planeten von uns in ökonomischer Hinsicht mit einer Marktüberschwemmung an billigen Produkten ausgebeutet.

Zum anderen aber wird parallel dazu jährlich mehr Geld für Entwicklungshilfe aufgebracht, die exakt die Folgen unseres Eingreifens in wirtschaftlich ärmere Staaten wieder korrigieren soll. Die Sinnfrage hinter solchen großflächigen Mechanismen der Weltpolitik wird gar nicht erst gestellt.

Gerade in solchen Fragen wird immer deutlicher, dass die Steuerungsmacht der Politik begrenzt ist. Bei der Europäischen Union gibt es derzeit mehr Brandherde als Erfolgsstellen. Mehr und mehr entpuppt sich die EU als starre Utopie, die auch wegen ihrer undemokratischen Strukturen und ihrer Verweigerung vor einem Reformierungswillen in eine Existenzkrise abgerutscht ist. Die europäische Zusammenarbeit gelingt nicht mehr, von einer Wertegemeinschaft kann schon lange keine Rede mehr sein.

Ein anderes Beispiel liefert die Sozialpolitik in den jeweiligen Staaten. Jedes Jahr werden Milliarden an Milliarden an die Erhaltung der aktuellen Zustände im Sozialsektor gezahlt. Auf aktuelle Probleme wie dem demografischen Wandel in den Industriegesellschaften und der daraus folgenden Überlastung der Sozialsysteme sowie dem Arbeitskräftemangel erfolgt keine weitsichtige Reaktion.

Besonders bei Hartz IV oder der Rente sieht die Zukunft düster aus, dennoch wird neuen und vielversprechenden Konzepten wie dem bedingungslosen Grundeinkommen nicht einmal eine Chance gegeben. Die Gesundheitspolitik ist gleich von der Methode: Die Zweiklassenmedizin wird mit allen Mitteln aufrechterhalten, zeitgleich wird aber viel zu wenig in die Forschung investiert.

Neben den sozialpolitischen, finanzwirtschaftlichen und demokratiestrukturellen Problemen der heutigen Zeit fällt - die seit dem Jahr 2008 die Stimmung einer Dauerkrise erzeugen - aber auch ein Konflikt innerhalb der Gesellschaft auf, der sich zum Pulverfass entwickeln könnte. Momentan ist ein tiefgreifender Wertewandel in der Bevölkerung zu beobachten, der auf diese drei Probleme zurückzuführen ist.

Welche Werte existieren überhaupt in unserer Gesellschaft? Die Würde des Menschen, garantiert in Artikel 1 des Grundgesetzes, gilt anscheinend nicht für Geringverdiener, Arbeitslose und Geflüchtete. Die Glaubensfreiheit, die in Artikel 4 des Grundgesetzes verankert ist, wurde in jüngster Vergangenheit wiederholt infrage gestellt. Die Politisierung der Religionen und religiöser Ausrichtungen führt nur zur gesellschaftlichen Spaltung.

Die Moralisierung objektiver Rechte macht es unmöglich, eine konsensverträgliche Lösung zu finden. Parallel dazu bahnt sich ein Zeitalter der Hypermoral an, welches gegen den Ansatz jeder Freiheitslehre verstößt.

Zusätzlich fehlt ein allgemein akzeptierter Gesellschaftsvertrag zwischen den verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Wir brauchen in der Gesellschaft gemeinsame Ziele, mit denen wir zusammenfinden und eine geeinte, aber keine einheitliche Aufbruchsstimmung entfaltet werden kann.

Für gemeinsame Ziele sind zentrale Ideen erforderlich, genauso wie deren kritische Überprüfung. Für diese Ideen wiederum sind verschiedene Leitgrößen von Bedeutung, beispielsweise muss sowohl die gesamtgesellschaftliche Gerechtigkeit wie auch das individuelle Glück sichergestellt werden.

Eine gemeinsame Arbeit führt zum Dialog und Dialog führt zur Annäherung. Eine politische, wirtschaftliche oder auch kulturelle Annäherung bewirkt einen höheren Solidaritätsgrad und eine höhere Funktionalität innerhalb der Gesellschaft.

Für dieses Ziel müssen die Systeme, die in einer Bevölkerung etabliert sind, optimal auf ihre Zweckmäßigkeit ausgerichtet sein. Das Bildungssystem soll eine bestens vorbereitete neue Generation hervorbringen, das Sozialsystem sorgt schützend für die jetzigen Generationen und das Wirtschaftssystem soll bedacht die geeigneten Bedingungen für einen hohen Lebensstandard aller Menschen schaffen.

Vor allem beim Wirtschaftssystem ist eine Zweckverschiebung hin zum profitorientierten Denken spürbar. Dabei muss man sich immer wieder verdeutlichen, dass die Ökonomie keinen Selbstzweck besitzt und lediglich ein Instrument der Gesellschaft und des Staates ist, um Gerechtigkeit und Glück zu fördern.

Der Missstand der wirtschaftlichen Ausrichtung bewirkt ebenso, dass die Wissenschaften und Künste nicht die ihnen angebrachte Aufmerksamkeit erhalten. Ihr Stellenwert in der Gesellschaft ist nicht ohne wirtschaftliche Hintergedanken zu erklären.

Außerdem ist das Militär einer direkten Verbindung zur Wirtschaftlichkeit erlegen. Der militärische Geist ist eine Konstante der Geschichte, dieser historische Fehlleitung kann nur mit einer gefestigten Leidenschaft für den Frieden entgegengetreten werden.

Gerade die Schwierigkeit der zu bewältigenden Probleme weckt auch ihren Reiz. Es gibt nur ein Zeitalter, das wir gestalten können: Die Zukunft. Daher gibt es nur eine Richtung, in die wir gehen können. Auf diesem Weg braucht die Politik inspirierende Visionen. Das Wesen von Visionen sollte dabei jedoch nicht nur das Träumen von einer besseren Welt, sondern die Vereinbarkeit mit der Wirklichkeit sein.

Die Menschen sind nicht mit populistischer Hetze zu gewinnen, sondern mit nachhaltigen und klar verständlichen Lösungen. Der Populismus ist immer nur eine Scheinlösung, die in Wahrheit nichts verbessert. Kann man der Versuchung populistischer Kräfte widerstehen, wird man mit der kompletten Freiheit des Denkens belohnt, nur auf diesem Wege ist ein neues Zeitalter in Sichtweite.

In Deutschland und Europa existieren zentrale Themen, deren Lösung keine Aufschiebung duldet. Die soziale Blindheit des Kapitalismus, die ausbleibende Demokratieerneuerung sowie die fehlende Neugestaltung der europäischen Zusammenarbeit sind die Krankheiten unseres Zeitalters. Die Größe einer Epoche stellt sich im Nachhinein dadurch heraus, wie einfallsreich die Krankheiten bekämpft wurden.

Ein Ausweg aus der Krise des demokratischen Systems kann die Schaffung einer zentralen politischen Plattform sein, mit derer dann ein vielsagendes Stimmungsbild für anstehende politische Entscheidungen erstellt werden kann. Dabei darf aber unter keinen Umständen die Vielfalt und Freiheit der Meinungen, Kulturen und Lebenseinstellungen gefährdet werden, ansonsten zerbricht die Demokratie an ihrer Übersichtslosigkeit.

Diese zentrale Plattform wird mit Hilfe der neuen Technologien, aber auch mit Hilfe ganz traditioneller Umgangsform möglich werden. Verbessert sich die intergesellschaftliche Kommunikation, wird die Demokratie mit neuem Leben aufblühen können.

Grundvoraussetzung dafür ist jedoch mehr Transparenz in der Politik und eine engere Bürgernähe der Politikerinnen und Politiker. Es herrscht keine Politikverdrossenheit, sondern eine Politikerverdrossenheit. Lernen die aktuellen Parlamentarier nicht aus den Wahlergebnissen, werden sich die inhaltlichen und kommunikativen Fehler der letzten Jahre und Jahrzehnte wiederholen. Ein Politikwechsel ist nicht mehr aufzuhalten, auch wenn die Einsicht darüber noch sehr gering ist.

Trotz aller Mängel ist die Demokratie eine der wichtigsten Errungenschaften der Menschheit, auch wenn sie langsam sein kann und mühsam ist. Die Demokratie ist auch bei Weitem nicht perfekt, jedoch ist sie die beste Staatsform, die wir derzeit zur Verfügung haben.

Unsere Partei hat eine Form-, aber keine Normsprengung als Ziel. Die wichtigste Instanz zur Ausrichtung unserer Arbeit ist der Zeitgeist. Er ist mit mehreren Faktoren zu erfassen, beispielsweise mit dem Stimmungsbild in der Gesellschaft, mit der Funktionalität des politischen Systems und auch mit der wirtschaftlichen Gerechtigkeit.

Aus dem Zeitgeist heraus lässt sich eine Kraft entwickeln, die Kraft des Aufbruchs. Jedes neue Zeitalter wird mit einem Paradigmenwechsel eingeleitet. Das bestimmende Paradigma unserer Zeit ist die politische Orientierungslosigkeit. Gehen wir über in eine neue Epoche, in ein Zeitalter der Zuversicht und der klaren Ideen.

Immanuel Kant schrieb in seiner „Kritik der reinen Vernunft“: „Unser Zeitalter ist das eigentliche Zeitalter der Kritik, der sich alles unterwerfen muß.“ Dieser Geist des barrierefreien Denkens und der schonungslosen Kritik ist die Leitlinie des Fortschritts. Begreifen wir die Zukunft als Chance.